

Griechenland

NIKOS FRANGAKIS

Die Entscheidungen des Gipfels in Brüssel über die Frage, welche Mitgliedstaaten weiter voranschreiten und Europa bilden sollten – also die Realisierung, daß elf Staaten ein Kerneuropa bilden würden, während drei weitere trotz der Erfüllung der Maastricht-Kriterien aus anderen politischen Gründen nicht beitreten würden – führten zu einer erneuten Identitätskrise in Griechenland. Die Opposition hat sich der Tatsache, daß „Griechenland draußen bleibt“ angenommen; die Medien verbreiten ein öffentliches Gefühl der Unruhe. Die Regierung hat es vorgezogen, die Dinge sich selbst zu überlassen. Es ist insgesamt interessant festzustellen, daß Griechenland nur eine minimale Informationskampagne über den Euro durchgeführt hat. Die Infragestellung der eigenen Position bezog sich keineswegs auf die Entscheidung, ob ein zweistufiges Europa oder eines mit verschiedenen Geschwindigkeiten entsteht, bei dem sich Griechenland auf der unteren Stufe oder der langsameren Geschwindigkeit befände, sondern konzentrierte sich vielmehr auf die grundsätzlichere Frage, ob Griechenland tatsächlich „nach Europa gehört“.

An einer anderen Stelle läßt sich ein weiterer Indikator für die öffentliche Unsicherheit feststellen. Interne Auseinandersetzungen über die Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages – ein Thema, das weder in der öffentlichen Meinung noch in der politischen Debatte einen besonderen Stellenwert hatte – führte zu einer tiefgehenden Spaltung innerhalb der Partei der Linken Allianz, einer kleinen aber lautstarken Partei mit europakommunistischen Neigungen. Nach bitteren Auseinandersetzungen haben sich drei Strömungen innerhalb der Allianz herauskristallisiert: die Unterstützung der Ratifizierung, die Ablehnung derselben, oder die Enthaltung.

Diese Entwicklung ist für eine so kleine Partei schon an sich bemerkenswert, aber es ist besonders beunruhigend, wenn man berücksichtigt, daß die Linke Allianz „Europa“ und „Griechenlands europäische Identität“ zu einem zentralen Bestandteil ihres eigenen Selbstverständnisses gemacht hatte (beide Gedanken spielten bei der Distanzierung von der grundsätzlich gegen Europa eingestellten kommunistischen Partei wie auch von den euro-skeptischen Sozialisten der ursprünglichen PASOK eine gewichtige Rolle). Was die allgemeinen Erfolgsaussichten der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages angeht, sollte diese eigentlich kein Problem darstellen. Die zusammengefaßten Stimmen der kommunistischen Partei und der DIKKI (einer Splittergruppe der PASOK) plus einige Abweichler der PASOK werden nicht ausreichen, um die Ratifizierung ernsthaft zu gefährden.

Griechenland und das WWU-Versprechen

Durch das erste Dreivierteljahr 1997 hindurch bewegte sich die griechische Wirtschaft gleichmäßig auf die Erfüllung der Maastrichter Konvergenzkriterien zu. Ein

anfänglicher Haushaltsüberschuß trug dazu bei, das Defizit auf jene 4,2% des Bruttoinlandsproduktes zu bringen, die das Konvergenzprogramm für Griechenland vorgesehen hatte – 1997 endete sogar mit besseren Ergebnissen, als eigentlich erwartet worden war, das heißt einem Defizit von 4% des BIP – ohne daß, wie in vorangegangenen Jahren, manipulative Neudefinitionen vorgenommen worden wären.

Obwohl die Neuverschuldung nach wie vor erheblich über dem vom Maastrichter Vertrag vorgegebenen Grenzwert von 3% des BIP lag, verbesserte sie sich doch zum ersten Mal seit zwanzig Jahren. Die Inflation sank nach wie vor rapide, und erzielte, indem sie unter 4,5% sank, den besten Wert seit 23 Jahren; die Zinsen fielen ähnlich deutlich, während die Athener Börse blühte.

Obwohl sie offensichtlich noch nicht den Zielen des Maastrichter Vertrages für 1997 entsprach, machte sie griechische Wirtschaft doch solche Konvergenzfortschritte, daß die von der Regierung immer wiederholte Behauptung, das Land werde sich an der dritten Stufe der Währungsunion beteiligen (die Entscheidung darüber würde im Jahr 2000 auf der Grundlage der Zahlen für 1999 fallen), zunehmend von den politischen Kreisen, der öffentlichen Meinung und nicht zuletzt den Märkten akzeptiert wurde.

Die Börsen- und Finanzmarktkrise in Südostasien hatte weitreichende Auswirkungen auf die griechische Wirtschaft. Anfängliche Unruhen an der Börse wurden schnell durch eine massive Belastung der Drachme durch den Markt abgelöst. Um an ihrer Politik der „harten“ Drachme festzuhalten, mußte die Regierung Simitis die Zinsen erhöhen, was sowohl die positive Entwicklung der Wirtschaft behinderte, als auch aufgrund der zügig wachsenden Zinszahlungen die Zielvorgaben der Maastrichter Vertrages gefährdete.

Nachdem sie sechs Monate lang an der Politik der harten Drachme festgehalten hatte, war die Regierung zur Abwertung gezwungen, diese fand vorsichtig und nach sorgfältiger Absprache mit den Institutionen der EU statt. Genauer gesagt fand eine Leitzinsanpassung der Drachme um 13,8% zusammen mit einer technischen Anpassung des irischen Pfundes statt – zeitgleich zum Beitritt der griechischen Währung zum Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems. Sowohl in der lokalen öffentlichen Meinung als auch in der Präsentation nach außen wurde diese Maßnahme als Beleg für die Entschlossenheit der Regierung gewertet, Griechenland im Jahre 2001 in die WWU zu bringen – vorausgesetzt, die Maastrichter Kriterien können 1999 erfüllt werden. Die zweijährige Teilnahme am Wechselkursmechanismus wird als Vorbedingung für eine entsprechende Berücksichtigung der Drachme betrachtet, dies wurde wiederum benutzt, um die Abwertung der Drachme positiv zu erklären.

Nach der Abwertung wurde ein neues Konvergenzprogramm aufgestellt und der EU vorgelegt. Ausgeprägtere strukturpolitische Maßnahmen wurden verkündet – unter anderem die Absicht, den Arbeitsmarkt zu reformieren und den öffentlichen Sektor zu entlasten (in Form einer Privatisierungswelle mit einem Volumen von etwa 2 Mrd. ECU 1997 bis 1998). Einige dieser Maßnahmen werden bereits umgesetzt, gegen massiven sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Widerstand.

Während des Gipfels in Brüssel am 1./2. Mai 1998 setzte Griechenland viel politisches Kapital dafür ein, die öffentliche Unterstützung der EU für seine Entscheidung, sich um die Teilnahme an der dritten Stufe der WWU vom 1. Januar 2001 an zu bemühen, zu erhalten. Diese griechischen Bemühungen resultierten in einer Erklärung des Ecofin-Rates, in dem auf die „signifikanten Fortschritte“ hingewiesen wurde, die Griechenland bei der Erfüllung der Konvergenzkriterien gemacht habe. Weitere Fortschritte müßten nach den gleichen Gesichtspunkten beurteilt werden, die für Mitgliedstaaten gelten, welche vom 1. Januar 1999 an der dritten Stufe teilnehmen werden, wenn Griechenland seinen Antrag auf Teilnahme von 2001 an stellt.

Eine bissige politische Debatte folgte, in der es um die Frage ging, ob dies als Erfolg oder lediglich als verkleideter Mißerfolg gewertet werden müsse. Das Ergebnis ist, daß sich Griechenland mehr denn je zuvor auf das Bemühen um die Teilnahme am Euro eingeschworen hat – und daß das politische Überleben der Regierung Simitis untrennbar mit diesem Ziel verbunden ist.

Die Erweiterung und die politische Zukunft Zyperns und der Türkei

Die Erweiterung war bis vor kurzem kein zentrales Thema für Griechenland, weder das politische Establishment noch die öffentliche Meinung hat sich intensiv mit den damit verbundenen Fragen auseinandergesetzt – ungeachtet der Tatsache, daß die griechische Außenpolitik die Unterstützung der Beitrittsbemühungen der Balkanländer zu ihren bevorzugten Zielen zählt. Die weitere Konsequenz der Erweiterung – das heißt der damit verbundene Rückgang von Zahlungen aus den Strukturfonds für die derzeitigen EU-Mitglieder – wird der griechischen Öffentlichkeit langsam klar, ist aber nach wie vor nicht zu einem wesentlichen Thema geworden.

Die Erweiterung ist nun doch noch ins Zentrum des politischen Interesses gerückt ist, vor allem wegen des Versuches, den seit langem bestehenden Plan, die Beitrittsverhandlungen für Zypern (und ultimativ für die ganze Republik Zypern, die seit der Besetzung ihres nördlichen Teiles durch die Türkei zweigeteilt ist) auszunutzen, um das Zypern-Problem endlich zu lösen. Aus griechischer Sicht würde das die Wiedervereinigung der Insel entsprechend den griechischen Vorstellungen bedeuten, da die Anwendung der EU-Regelungen (die Freizügigkeit von Personen sowie die Investitions- und Niederlassungsfreiheit) effektiv den durch die türkische Besetzung bestehenden Status quo beenden würde.

Griechenland hat die Förderung des EU-Beitrittes Zyperns zu einem Hauptbestandteil seiner Beziehung zu den EU-Partnern gemacht. Der Beschluß des Europäischen Rates, Zypern in die erste Gruppe der Beitrittskandidaten aufzunehmen – wobei die Lösung der Zypernfrage nicht länger als notwendige Vorbedingung betrachtet wurde – ist in Griechenland als ein wichtiger Vorteil, der sich aus der EU-Mitgliedschaft ergibt, angesehen worden. Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland haben sich, ebenso wie die EU-Kommission, diesem Standpunkt mehr oder weniger angeschlossen; Frankreich ist insofern der einzige Mitgliedstaat, welcher eine davon abweichende Haltung vertritt, indem es darauf

besteht, daß die beiden Konfliktparteien zunächst eine politische Lösung finden müssen, so daß die EU nicht in die schwierige Zypernfrage involviert wird. Eine derartige Involvierung ist allerdings durch die amerikanischen Bemühungen um eine Lösung durch intensive Mediation gefördert worden, bei welcher der EU-Beitritt eine wichtige Rolle gespielt hat: Die USA und ihr Chefunterhändler Richard Holbrooke haben die EU-Kommission um praktische Unterstützung bei der Durchführung von Treffen und vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen der Geschäftswelt, Gewerkschaften und Jugendorganisationen der beiden zypriotischen Gemeinschaften unter dem Mantel beitragsvorbereitender Sensibilisierungsmaßnahmen gebeten.

Sowohl Kommissionsvertreter als auch einige Mitgliedstaaten haben sich um eine Beteiligung der türkisch-zypriotischen Gemeinde an den Beitrittsvorbereitungen bemüht, ein entsprechendes Angebot wurde dem türkisch-zypriotischen Führer Denktash vom zypriotischen Präsidenten Clerides gemacht, allerdings ohne positive Antwort.

Was die Frage der europäischen Zukunft der Türkei angeht, nimmt Griechenland im Vergleich zu den meisten anderen EU-Staaten eine andere Haltung ein. Obwohl so gut wie alle EU-Mitglieder zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen Beitritt der Türkei strikt ablehnen (die USA unterstützen einen solchen Beitritt, und das Thema ist im Laufe der Zeit zu einer zentralen Frage für die meisten nicht-islamistischen Parteien geworden), befürworten sie doch fast alle eine engere Bindung der Türkei an Europa. In einer Reihe von Treffen europäischer Nationen mit der Türkei hat Griechenland seinen Standpunkt deutlich gemacht, daß keine Verbesserung der europäisch-türkischen Beziehungen zu erwarten ist, so lange die Türkei ihre aggressive Haltung in der Ägäis und ihre negative Haltung in der Zypernfrage beibehält.

Verschiedene Zwischenfälle in der Ägäis, wie etwa das dichte Überfliegen des Flugzeuges, das den griechischen Verteidigungsminister nach Zypern brachte oder die Behauptung, der Status verschiedener Inseln in der Ägäis sei ungeklärt, haben die negative griechische Position verhärtet; die Drohung, im Falle eines EU-Beitrittes werde der nördliche Teil Zyperns annektiert (oder, wie es nach einer Neuformulierung heißt, werde eine Wirtschaftsgemeinschaft der „Türkischen Republik Nordzypern“ mit der Türkei hergestellt werden) hat erst recht nicht dazu beigetragen, die Spannung zu verringern.

Bei ihrem Versuch, der Türkei eine besondere Beziehung anzubieten, planen die Kommission und die Mitgliedstaaten eine engere politische Zusammenarbeit sowie Wege, um das griechische Veto gegen die Auszahlung von vereinbarten Geldern an die Türkei zu umgehen. Griechenland hat bis jetzt gezögert, in einem dieser beiden Bereiche Kompromisse zu machen, obwohl die Regierung Simitis generell dazu neigt, in ihrem Bemühen um europäische Zustimmung „realistische“ Standpunkte in außenpolitischen Fragen einzunehmen.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Christoph Rojahn, Ludwig-Maximilians-Universität, München.